

zuletzt aktualisiert am: 27.01.2012

URL: <http://www.rp-online.de/region-duesseldorf/duesseldorf/nachrichten/kanalpruefer-fuerchten-um-ihre-jobs-1.2687724>

## Düsseldorf

### Kanalprüfer fürchten um ihre Jobs

VON GERHARD VOOGT - zuletzt aktualisiert: 27.01.2012 - 07:34

**Düsseldorf (RP). Die bislang vorgeschriebenen restriktiven Kanalprüfungen haben in der Abwassertechnikbranche Goldgräberstimmung ausgelöst. Jetzt wollen die Parteien das Gesetz ändern und den Kontrollzwang für einen Großteil der Verbraucher entschärfen. Gestern protestierten die Prüfer vor dem Landtag.**

Thorsten Lingnau ist der Betriebsleiter der Firma Abwasser Volkner in Siegburg. Gestern ließ er die Arbeit ruhen, stattdessen fuhr er mit dem Kleintransporter nach Düsseldorf, um vor dem Landtag zu demonstrieren. "Euer Hü und Hott macht uns Bankrott", steht auf seiner Weste. "Wir haben uns auf volle Auftragsbücher eingestellt", sagt der Chef von 28 Mitarbeitern. "Jetzt treibt uns die Politik in den Ruin."

Die Kollegen nicken. Rund 150 Unternehmen aus der Abwassertechnikbranche machten gestern ihrer Wut über die geplanten Änderungen bei der Kanalprüfung Luft. "Wir sind verschaukelt worden", schimpft Holger Fries, der ein Unternehmen für Abwasserservice in Siegburg leitet. "Ich habe drei Fahrzeuge mit Spezialausrüstung angeschafft, um Dichtheitsprüfungen ausführen zu können", sagt der Unternehmer. Kosten: rund 80 000 Euro pro Wagen. "Das Geld hätte ich mir sparen können", sagt Fries. "Wenn die Verpflichtungen wegfallen, bricht das Geschäft zusammen."

Bislang ist geregelt, dass alle privaten Haushalte bis zum Jahr 2015 die Dichtheit ihrer Kanäle prüfen sollten. Das sieht das Landeswassergesetz vor, das die schwarz-gelbe Vorgänger-Landesregierung im Jahr 2007 erlassen hatte. In der Abwassertechnikbranche brach daraufhin Goldgräberstimmung aus. Die Kosten der Prüfung betragen zwischen 300 und 500 Euro. Die Analyse über den Zustand der Rohre erfolgt durch eine optische Kontrolle per ferngesteuerter Videokamera oder durch eine Druckmessung. Werden Risse oder andere Schäden entdeckt, kann es für die Hausbesitzer teuer werden: Die mittleren Sanierungskosten liegen bei 3000 Euro. In den vergangenen Jahren wurde wiederholt über zwielichtige Firmen berichtet, die Schäden im Untergrund vortäuschen und die Reparaturen zu Mondpreisen anboten.

Nachdem sich alleine in NRW im vergangenen Jahr 50 Bürgerinitiativen gegen die "Abzocke" der Hauseigentümer gebildet hatten, rudert die Politik zurück. CDU und FDP – einst Taufpaten der strikten Regelungen – wollen Prüfungen nur noch bei dem begründeten Verdacht eines Schadens durchführen. Dass undichte Leitungen Böden und Grundwasser maßgeblich gefährdeten, sei nicht erwiesen, sagte CDU-Vizefraktionschef Peter Biesenbach gestern bei der Debatte um den Kanal-Tüv im Landtag. Im Normalfall passten die aus den Kanälen austretenden Mengen in ein Schnapsglas, sagte der Politiker.

Auch SPD und Grüne erwägen, bei Ein- und Zweifamilienhäusern grundsätzlich auf eine Prüfung zu verzichten. Die bisherigen Regelungen hätten sich nicht als praxistauglich erwiesen, sagte NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Grüne). Strenge Auflagen soll es jedoch für Industriebetriebe und in Wasserschutzgebieten geben.

Diese Pläne halten die Abwassertechniker für einen "Witz". 95 Prozent der Einleiter fielen durch die geplanten Änderungen aus dem Raster, klagt der Unternehmer Frank Bergzog aus Sankt Augustin. Das habe mit Umweltschutz nichts mehr zu tun. "Nahezu 80 Prozent der Kanäle, die älter als 30 Jahre sind, müssen als nicht mehr sicher angesehen werden", sagt Bergzog. "Gebrochene Rohre können nicht nur verstopfen, sondern an den Schadstellen können sich auch gesundheitsgefährdende Keime bilden", warnt der Abwasser-Experte. Auch der Ehec-Erreger, der lebensbedrohliche Darmentzündungen hervorruft, könne sich durch undichte Abwasserleitungen in NRW erneut verbreiten.

Die Kanalprüfer plädieren dafür, dass alle privaten Haushalte bis 2023 den Rohrtest durchführen sollen. Das sei eine faire Regelung für die Hausbesitzer, die dann acht Jahre Zeit gewonnen hätten, um für mögliche Reparaturen anzusparen, heißt es. "Auch uns würde das entlasten", sagt Holger Fries. "Wir hätten ja gar nicht die Kapazitäten gehabt, um sämtliche Prüfungen fristgerecht bis 2015 durchführen zu können", erklärt der Unternehmer.

Der Verband der Wohnungswirtschaft und der Mieterbund warnen bereits vor einer Bevorzugung der Besitzer von Ein- und Zweifamilienhäusern. Eine alleinige Prüfpflicht für Mehrfamilienhäuser würde zu steigenden Mieten führen, heißt es. Im Landtag soll im März eine Anhörung zur Novelle des Landesabwassergesetzes stattfinden. Dann werden auch die Kanalprüfer wieder zur Demo nach Düsseldorf reisen.

---

© RP Online GmbH 1995 - 2010  
Alle Rechte vorbehalten  
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

[Artikel drucken](#)